

Katrin Kunert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Muster-Anfrage zur Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung:

Im Zuge der Bankenkrise in den USA sind die Cross-Border-Leasing-Partner der Kommunen von Insolvenz bedroht, bzw. im Ranking herabgestuft worden. Dies hat zur Folge, dass auf die betroffenen Kommunen zusätzliche Belastungen zukommen, da sie entweder die Depotbanken wechseln müssen oder ihre Absicherung des Cross Border Geschäftes aufstocken müssen. Zeitgleich laufen Verfahren der US-amerikanischen Steuerbehörde gegen die US-amerikanischen Anleger wegen missbräuchlicher Steuerumgehung, die zur Abschöpfung der Steuervorteile bis hin zur vorzeitigen Beendigung des Cross Border Vertrages führen können. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass die betroffenen Kommunen tätig werden.

Dazu fragen wir die Verwaltung:

Sind die CBL-Partner der ... Stadt von der Bankenkrise betroffen und in welcher Weise (Insolvenzdrohung, Abwertung im Ranking oder anderweitig)? Falls die Verwaltung darüber noch keine Erkenntnisse hat, welche Möglichkeiten sieht sie, entsprechende Informationen zu beschaffen?

Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher getroffen?

Gesetz den Fall, CBL-Partner der ...Stadt sind von der Bankenkrise betroffen, welche finanziellen Risiken ergeben sich daraus für die Stadt? Müssen zusätzliche Absicherungen getroffen werden, muss die Depotbank oder der Versicherer gewechselt werden oder gibt es andere Auswirkungen?

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Verträge vorzeitig zu beenden?

Die US-amerikanische Steuerbehörde hat gegen amerikanische Cross-Border-Leasing-Partner Steuerverfahren eingeleitet. Trifft das auch auf die Partner der ...Stadt zu?

Welche finanziellen Auswirkungen kann das Vorgehen der US-amerikanischen Steuerbehörde auf die Stadt... haben? Gibt es hierfür eine Risikoabschätzung der Verwaltung? Wird sie eine Erstellen und wenn nein, warum nicht?

Gibt es vertragliche Klauseln, die eine einseitige Kündigung der Verträge durch den USamerikanischen Partner vorsehen und wer trägt in diesem Fall das finanzielle Risiko?

Falls der US-Investor an einer einvernehmlichen Aufhebung der Verträge interessiert wäre, wäre die Verwaltung für diesen Fall bereit Verhandlungen mit dem CBL-Partner über Konditionen zur Aufhebung der Verträge führen?

Sind der Verwaltung Fälle aus anderen Städten und über das Vorgehen der dortigen Verwaltung bekannt? Welche Erfahrungen gibt es in anderen Städten zum Umgang mit CBL wenn CBL-Partner von der Bankenkrise betroffen sind?